

Bezugspreis:
Jahrespreis 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Bestellgeld)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Zustand und Verlag
von Dr. Chr. Sommer,
Bad Ems.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen:

Die einpaltige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Reklamazeile 75 Pf.

Schriftleitung und
Geschäftsstelle:

Bad Ems, Münsterstr. 35.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 35

Bad Ems, Diensta, den 11. Februar 1919.

71 Jahrgang.

Giffelturm-Nachrichten.

Die Forderungen Japans.

Paris, 10. Febr. Der Erste Delegierte Japans auf der Friedenskonferenz gab eine sehr eingehende Übersicht über die Forderungen seines Landes zu China und wies auf die Bedingungen hin, unter denen die japanische Regierung in den Krieg eintrat, sowie auf den Vassall, der das Gebiet von Schantung betritt und die Abtretung einer Gruppe der Karolinen- und Marjallinseln.

Die Lage in Marokko.

Tanger, 10. Febr. Aus Tetuan wird gemeldet, daß die Deutschen, die sich während des Krieges in der japanischen Zone von Marokko befanden, — darunter der Prinz von Ratibor — und die beim Abschluß des Waffenstillstandes ihre Haltung ändern wollten, nun wieder gegen die Franzosen arbeiten. In jedem Falle habe keiner dieser Deutschen das Gebiet von Tetuan verlassen.

Die Lage in Litauen.

Kasch, 9. Febr. Aus Kovno wird gemeldet: Der litauische Landtag von Kovno hat an den litauischen Rat ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem er die Hoffnung äußert, daß die 2 Teile Litauens, sich zu einem einzigen Staat zusammenfügen. — Infolge der Erfolge der litauischen Truppen gegen die Bolschewiken und infolge des Vorrückens der finnisch-estnischen Truppen in Livland haben sich die Bolschewiken gezwungen, Wilna zu räumen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands

228 Berlin, 10. Febr. Das Abkommen mit den Vertretern der alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägigen Verhandlungen unterzeichnet worden. An den Verhandlungen, die deutscherseits von dem Staatssekretär Baum vom Reichsernährungsamt geleitet wurden, haben außerdem Vertreter aller beteiligten Reichsteile, Vertrauensmänner des Handels und der Industrie teilgenommen. Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Trier getroffenen Vereinbarungen anschließt, ist folgender:

Der oberste Ernährungsrat der alliierten Regierungen wird Sorge treffen, daß sofort rund 300000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch und 250000 Tonnen kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die Versorgung dieser Mengen ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt. Im unmittelbaren Anschluß an diese Lieferung sollen die alliierten Regierungen in Aussicht nehmen, 200000 Tonnen Weizen und Weizenmehl, weitere 200000 Tonnen Schweinefleisch und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Lösung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird. Die Vertreter der alliierten Regierungen haben sich bereit erklärt, den Wünschen der deutschen Regierung gemäß die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf ist von der deutschen Regierung für die Monate März bis August angegeben worden 400000 Tonnen Weizen und 100000 Tonnen Fett und Fleisch für jeden dieser Monate sowie eine Million Tonnen Mais und andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum.

Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und Ausführung der Bestimmungen, die sie und bei der Abgabe der Handelsflotte anerkannt und noch weiter auferlegen wollen. Daraus ergibt sich, daß selbst bei der Eingelassenen der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittel nicht besteht. Die Waffenstillstandskommission.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 10. Febr. Die Dinge liegen hier im wesentlichen so: Während sich eine Reihe von interfraktionellen Kommissionen zusammengesetzt hat, um über die Verschiedenheit der einzelnen Fraktionen und deren Stellung zur Reichsversammlung zu beraten, verhandelt die Regierung mit den bürgerlichen Parteien der Demokraten und des Zentrums über die Bildung von Reichs- und Reichskabinetts. Die Reichssozialisten sind als vorläufige stärkste Kraft im Reich einquartiert und haben offenbar die Oberhand, obwohl die Demokraten und das Zentrum zusammen genau so stark wie sie sind. Bessere Einigkeit herrscht darüber, daß Herr von der Vorläufige Reichspräsident wird. Über die Befragung des zweitwichtigsten Postens, des Ministerpräsidenten, bestehen aber Unstimmigkeiten. Die Reichssozialisten beanspruchen auch diesen Posten für sich. Dagegen steht das Zentrum einmütig, das nach altem Brauch als zweitstärkste Partei auch den zweitwichtigsten Posten für sich haben will. Wahrscheinlich werden aber die Reichssozialisten es durchsetzen, daß sie auch den Posten des Ministerpräsidenten bekommen. Was die Demokraten betrifft, so ist auch ihr Ziel, einen wichtigen Posten zu erhalten, obwohl sie noch Scheu tragen, sich wegen der Verantwortlichkeit mit den Sozialisten zu verbinden. Sollte in diesen das Amt eines Vizepräsidenten geschaffen werden, so werden sie es nicht ablehnen.

Bei der Uebersiedelung stehen gerade so wie früher die persönlichen Interessen im Vordergrund. Scheidemann drohte mit keiner Abreise, falls ihm die Stellung eines Ministerpräsidenten nicht gegeben würde. David ist noch nicht zurückgetreten. Auch Erzberger erhofft für sich ein Staatssekretariat, nämlich das des Reichsaussenamts.

Weimar, 10. Febr. Die sozialistische Fraktion hat den übrigen Fraktionen einen Antrag vorgelegt, der ihnen die Mitarbeit an der Regierung vorschlägt.

— Eine Störung geplant? Immer deutlicher tritt zu Tage, daß durch die Zusammenberufung des Groß-Soldatenrates des 11. Armee-Korps (Kassel) und des 15. Armee-Korps (Straßburg-Kassel) in Eisenach in einer oppositionellen und aufrichtigen Haltung gegen die Reichsregierung eine militärische Störung der Nationalversammlung beabsichtigt ist. Dafür spricht schon vor allem die Belegung des Eisenacher Telefonamtes, die fast vier Tage anhält und die eine Bekanntgabe der drohenden Lage unmöglich machen sollte. Dafür spricht ferner die Wahl des unabhängigen Garnisonortes zum Kongressort, obwohl beide Armee-Korps im Regierungsbezirk Kassel ihre General-Kommandos haben. Endlich erhielt die Störungsabsicht aus den Truppentransporten von Sonntag und Montag von Eisenach und Gotha nach Weimar, trotzdem ein Telegramm des Vollerziehungsamtes Kassel einen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß diesen wilden Truppeneinzügen gegebenenfalls mit Gewalt entgegengetreten werden würde. Daß es in den genannten Tagen nicht zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen ist, liegt wohl in der kurz vor Weimar auftauchenden Erkenntnis der oppositionellen thüringischen Truppen, gegen die gut organisierte und disziplinierte Regierungstruppe auch der Zahl nach nicht auskommen zu können. Durch den Mißerfolg des militärischen Protestes gegen Weimar hat sich im 11. Armee-Korps der Miß zwischen der regierungstreuen 22. Division Kassel und der unabhängigen 18. Division Erfurt noch vergrößert.

Weimar, 10. Febr. Eine Note zugunsten unserer Kriegsgefangenen wurde von den weiblichen Mitgliedern der Nationalversammlung eingebracht. Das Zentrum hat bereits einen Entwurf in dieser Frage ausgearbeitet.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Genf, 10. Febr. Die ganze Pariser Presse befragt die Waffenstillstandsbedingungen. Als charakteristisches Zeichen der veränderten Sachlage wird bemerkt, daß anstatt Lloyd George jetzt Balfour als Vertreter Englands auftritt. Auch die Verschlebung der Abreise Wilsons und Orlandos weist auf die Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung hin.

Paris, 10. Febr. Die nunmehr beschlossenen Waffenstillstandsbedingungen veranlassen „l'homme libre“ und andere Regierungsorgane bekannt zu geben, daß die Entente nun gegen jeden etwaigen Widerstand ausreicht geschützt sei.

Die besetzten Gebiete.

Paris, 10. Febr. Die erste Versammlung der dritten Tagung des obersten Rates für Verpflegung und Unterstützung wurde am Samstag in Paris unter dem Vorh von Handelsminister Clementel gehalten. Der Rat verhandelte über die Abmachung betreffend Verpflegung der linksrheinischen, von den alliierten Truppen besetzten Gebiete.

Bettlingen, (R. Saarlands), 8. Febr. Man schreibt der R. S.: Es wird von Interesse sein zu erfahren, welche Stellung die Besatzungen zu der Frage der Abhaltung von Neuwahlen der Gemeindevertretungen einnehmen. Für das Gebiet, das von der 10. französischen Armee besetzt ist, hat General Anblauer, der über alle Zivilverwaltungsangelegenheiten in dem bezeichneten Gebiete die Aufsicht führt, erklärt, daß die Verordnung der preussischen Regierung im Widerspruch mit den bestehenden Gesetzen steht, und daher die Durchführung der Verordnung in dem, seinem Rechtsbereich unterstehenden preussischen Gebiete verboten.

Zur Frage des westdeutschen Freistaates.

Eisenach, 7. Febr. In dem heute auf dem Eisenacher Rathaus zusammengetretenen etwa 30 Mitglieder umfassenden Ausschuss zur Wahrnehmung der Interessen des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks wurde der Plan der Gründung einer westdeutschen Republik eingehend besprochen und der feste Entschluß des Industriebezirks zum Ausdruck gebracht, keinem Plane zuzustimmen, der die Grundlagen des Deutschen Reichs erschüttere. Vom Standpunkte der unerlässlichen Einheit des deutschen Volkes aus und entsprechend einer von zwei Möglichkeiten des Kölner Ausschusses an die Eisenacher Sitzung überbrachten Einladung wurde ein kleinerer Ausschuss des Industriebezirks gebildet, der beauftragt wird, die Angelegenheiten des rechts- und linksrheinischen Preussens gemeinschaftlich mit dem Kölner Ausschuss zu beraten. Der Zuständigkeit der deutschen oder preussischen Nationalversammlung soll damit in keiner Weise vorgreifend werden. Ferner dürfen innerpolitische Gesichtspunkte so lange keine Rolle spielen, als dadurch ausländische politische Gefahren für das Deutsche Reich heraufbeschworen werden können.

Die Lage in Oden.

228 Kattow, 9. Febr. In der Nacht zum Donnerstag kamen, wie die „Neue Oberschlesische Volkszeitung“ mel-

det, 28 mit Messern bewaffnete Spartakiden von Ozeke nach Kattow, um die dort liegende halbe Kompanie Grenzsicherer zu entwaffnen. Die Soldaten waren jedoch auf der Hut. Die Angreifer flüchteten und warfen die Messer fort. Sie wurden sämtlich verhaftet.

Deutschland.

Berlin, 8. Febr. Das mit Unterstützung jüdischer Banken gegründete Komitee für internationales Flugwesen verfügt bereits über ein Aktienkapital von 80000000 Mark. Der bayerische, württembergische und sächsische Staat haben die Aktienmehrheit in Höhe von 51 Prozent des Aktienkapitals übernommen. Über den Beitritt der preussischen Regierung schweben noch Verhandlungen. Da das Komitee auch bereits mit ausländischen Firmen zur Durchführung internationaler Flügen Fühlung genommen hat, ist anzunehmen, daß es sich bei dem Komitee um ein ausschließliches Staatsmonopol in gemischt wirtschaftlicher Unternehmensform handelt.

D Solingen, 5. Febr. Für die Stadterverordnetenwahlen stellen hier die Deutsche demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutsch-nationale Volkspartei und das Zentrum eine gemeinsame Vorschlagsliste auf. Die einzelnen Parteien stellen die Kandidaten nach Maßgabe der Stimmenzahl, die sie bei der Nationalwahl erhielten. Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben sich ebenfalls zur Aufstellung einer gemeinsamen Liste entschlossen.

D Kriegsbeschädigtenfürsorge. Der Rat der Volksbeauftragten beriet gestern vormittag über die Frage der Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, einen Vertreter der Kriegsbeschädigten mit der Leitung der Versorgungsabteilung im Kriegsministerium zu betrauen.

D Der Marknotenmangel. Die deutsche Regierung hat bekanntlich vor einiger Zeit in Spa erklärt, daß sie von der belgischen Regierung geeignete Maßnahmen verlange, durch die der Marknotenmangel vom neutralen Ausland nach Belgien verhindert wird. Gestern erwiderte der Vorsitzende der belgischen Waffenstillstandskommission in Spa den deutschen Vertretern, daß die belgische Regierung sofort nach Übernahme der Gewalt in Belgien einen Grenzüberwachungsdienst zur Verhinderung des Geldschmuggels eingerichtet habe. Die aus dem belgischen Umlauf zurückgezogenen Marktbeträge einschließlich der auf Grund des Waffenstillstandsbeschlusses vorgenommenen Zurückerstattung in deutschen Noten belaufen sich auf nahezu 7 Milliarden Franken. Die belgische Regierung erkennt sodann den Standpunkt der deutschen Regierung, nachträglich in Belgien eingeführte Marknoten nicht einzulösen, nicht an. Sie erklärt vielmehr, daß selbst wenn die von ihr getroffenen Vorsichtsmaßnahmen nicht alle Mißbräuche verhindern, die deutsche Regierung, da sie Belgien einen Zwangskurs eingeführt habe, für alle mittelbaren und unmittelbaren Folgen dieser Maßnahme einstehen müsse.

D Die Einberufung der preussischen Nationalversammlung. Wie eine Korrespondenz meldet, beabsichtigt die preussische Regierung, die Nationalversammlung für Preußen Anfang März nach Berlin einzuberufen. Auch die Nationalversammlungen der übrigen Bundesstaaten sollen im März zusammentreten.

D Zu welchen Folgen die unzulässigen Lohnforderungen der Arbeiter führe, zeigen folgende Beispiele, die eine schwedische Zeitung anführt: Während der Feiertage eines Stockholmer Schleppdampfers im Monat 225 Kronen erhielt, beträgt das Gehalt des Kapitäns desselben Dampfers nur 215 Kronen monatlich. Und während ein Holzhacker seine 600 Kronen monatlich verdient, habe die Wäschmeisterin am Götterhauswerk — die zwei Präfixen abgelegt haben, zur See gefahren sind und eine Vorsorge-Einstellung eingenommen — 435 Kronen im Monat.

D Die Landwirtschaft durch Kleingärten. Durch die Zerstörung der Kleingärten während des Krieges im Lande die Kleingärten 24000 Morgen Odenland in Kleingärten umgewandelt. Die auf dieser Fläche jährlich erzeugten Früchte reichen aus zur Ernährung von 5000 Personen.

D Die bürgerlichen Parteien beschäftigen, in die Notverfassung einen Paragraphen einzufügen, der die Wiedererrichtung einer vorläufigen militärischen Macht vorsieht. Es soll jedem Manne die Möglichkeit gegeben werden, sich freiwillig zu melden. Die Disziplin soll unbedingt wiederhergestellt und die Offiziersernennung wieder eingeführt werden.

Bayern.

Wahltritt Eisners? In Bayern ist eine vollständige Umwandlung der Regierung im Gange. Sie geht von dem Wahltritt Eisners aus, der noch in dieser Woche erfolgen wird.

Die bolschewistische Bewegung in Böhmen.

228 Wien, 7. Febr. Nach Berichten aus Prag ist die bolschewistische Bewegung in Böhmen im Gange. Es ist erwiesen, daß die Reiteren unter den tschecho-slowakischen Truppen von den russischen Bolschewiken angeführt werden. Die internationale bolschewistische Kommission in Moskau leitet die Bewegung in Böhmen. 12000 tschecho-slowa-

klische Soldaten, die in Rußland im Dienste der Bolschewisten waren, sind, jeder mit einem falschen Paß, nach Böhmen zurückgeführt, um Truppen aufzulösen. An Geld ist kein Mangel. Die tschechischen Bergarbeiter sind bereit für das Bolschewistentum gewonnen.

Nieu von den Bolschewiken genommen?

Kopenhagen, 10. Febr. Exchange Tel. Comp. meldet, daß laut drückloser Meldung aus Warschau Nieu von den Bolschewiken genommen wurde. Petrus Trappen sind entweder geflohen oder haben sich ergeben. Viele sind freiwillig zu den Bolschewiken übergegangen. Die ukrainische Regierung hat sich nach Proskuroff an der galizischen Grenze, 180 Meilen von Nieu entfernt, zurückgezogen.

Die Schrecknisse des Bolschewismus.

Amsterdam, 7. Febr. Nach einem hitzigen Blatt wird der Times aus Delsingford gemeldet, daß die Hinrichtung der vier russischen Großfürsten am 28. Januar im inneren Hofe des Gefängnisses von Tretakinsk, einer Vorstadt von Petersburg, stattfand. Mit den Großfürsten wurden noch 172 andere Personen erschossen, und zwar 144 Männer und 28 Frauen, die von den Bolschewiken beschuldigt waren, an der englisch-französischen Delegation teilgenommen zu haben.

Vermischte Nachrichten.

Der Paß als Visitenkarte. Etwas eilig sah es bei einem Kaninchenstahl ein Spitzhube in Dransfeld bei Bonn gehabt zu haben. Er ließ nämlich seinen Paß zurück, der nicht nur die volle Adresse, sondern auch das Bildnis des Kaninchenliebhabers enthielt. Ein solches Entgegenkommen gegenüber der Kriminalpolizei war bisher nicht üblich.

Sitzung der Stadtverordneten

zu Diez, am 10. Februar 1919.

Anwesend: Vorsteher Bühl und 12 Stadtratsmitglieder, vom Magistrat: Bürgermeister Schenker, Beigeordneter Wenig und Schöffe Wies.

1. Feststellung der Gemeinderrechnung für 1916. Ratus des Finanzausschusses erklärt hierzu Stadtr. Dr. Schmidtborn, daß die Beratung hierüber noch nicht zu Ende gekommen sei. Die Revision des Stadtkämmerers Darnier-Blesaden, der die Rechnung geprüft und über die Aufstellung seine Anerkennung ausgesprochen habe, sei mehr auf rein technischer-rechnischer Sachen beschränkt nicht aber auf die hier besonders interessierenden Fragen, ob die städtischen Betriebe rentabel wirtschafteten, inwieweit die Steuerverhältnisse sich geändert hätten usw. Hierüber verhandelte der Bürgermeister erst hierzu mit, daß der Magistrat bereits am 13. Januar mehrere diesbezügliche Fragen an den Revisor gestellt habe, worauf jedoch eine Antwort noch nicht eingegangen sei. Stadtr. Pfeiffer legt ebenfalls großen Wert auf Klarstellung gewisser Punkte. Im Etat hätte sich z. B. ein Betrag für die Unfallversicherung der höheren Lehrer befunden. Hierfür habe die Stadt doch nicht aufkommen. So gäbe es noch mehr Fragen rechtlicher Art, die geklärt werden müßten. Punkt 1 wird demnach zurückgestellt.

4. Auf Antrag Pfeiffer wird Johann zunächst über den 4. Punkt der Tagesordnung beraten betreffend Bericht des Magistrats über Maßnahmen zur Unterstützung der durch den Krieg in Verdrängnis geratenen Handwerker, Kleingewerbetreibenden usw. Nach Beratung des Magistratsbeschlusses durch den Vorsteher ergreift hierzu Bürgermeister Schenker das Wort: Der Krieg ist zu Ende. Was er für Deutschland und was er für die ganze Welt in seinen Folgen bedeutet, brauche ich nicht zu sagen. Der ganze Erwerbsstand hat schwer gelitten, und wie es werden wird, wissen wir nicht. Das eine aber wissen wir, daß nur Arbeit, unangesehene Arbeit uns helfen wird, die Schwierigkeiten einigermassen zu überwinden. Wenn der Magistrat zunächst an den Mittelstand gedacht hat, so tat er das deshalb, weil gerade für ihn die Folgen des Krieges am schwersten fühlbar geworden sind. Auch in unserer Stadt sind viele, denen die Wiederaufrichtung ihres Gewerbes schwer werden wird. Es liegt da nahe, vorerst die vom Bezirksverband ins Leben gerufene Kriegsschiffskasse in Anspruch zu nehmen, die durch Geldanleihen die einzelnen Gewerbetreibenden unterstützen will, daß sie ihren Betrieb fortsetzen und ihre Existenz erhalten können, wenn auch vielleicht in bescheidener Weise wie früher. Der Magistrat wird diese Darlehensaufnahme vermitteln. Der Bezirksverband gibt bis zu 3000 Mark zu höchstens 4 Prozent d. h. er wird in einigen Fällen auch auf einen niedrigeren Zinssatz greifen. Das Kapital soll bis 1. Januar 1926 wieder zurückgezahlt sein. Das ist eine zu kurze Zeit, vielmehr wären bei 4 1/2 Prozent Annuität 16 Jahre notwendig, um das Kapital abzutragen. Was die Märgschaft anlangt, so übernehmen sie Preis und Stadt je zur Hälfte des Betrages. Die Stadt will nun die Entleiher durch Zuschuß von 5 Prozent zu den Zinsen unterstützen, das Kapital bald abzutragen. Die Gemeinde erscheint also als Bürge und Mitträger der Lasten. Wichtig ist, daß diese Darlehensangelegenheiten möglichst im Schöße des Magistrats verhandelt werden, daß wieder der Ratus des Entleiher noch der Betrag genannt wird, da sonst viele Schwierigkeiten werden, mit einem Gesuch heranzutreten. Ferner sollen Gemeindefeuerdeckelungen pflichtig sein, und zwar sollen die bedürftigen Gewerbetreibenden bis zu einem Einkommen von 2000 Mark steuerfrei bei den Realsteuern sollen Erleichterungen eintreten bis zu 100 Proz. Nun ist es nicht der Gewerbetreibende allein, der unter den Folgen des Krieges zu leiden hat, etwa 40 zurückgekehrte Kriegsteilnehmer sind beschäftigt und arbeitslos. Es handelt sich hier mehr um Angehörige des Arbeiterstandes. Der Magistrat ist jedoch auf dieser Frage schon näher getreten; er hat davon Abstand genommen, die empfohlene Arbeitslosenunterstützung einzuführen, da die beste Hilfe für diese Leute die Arbeit ist.

Es sind deshalb Notstandsarbeiten vorzuziehen, wofür nach des näheren Vorlage erfolgen wird. Auch der Frage der beschäftigungslosen Privatangehörigen hat sich die Stadt angenommen und versucht sie unterzubringen. Hier in Diez war es ja nicht so, daß während des Krieges eine große Zahl weiblicher Ausschüßkräfte beschäftigt wurden. Es sind deshalb höchstens 2 Stellen freizumachen. Auch 2 Kriegsbeschädigte stehen im Dienste der Stadt. Der Magistrat legt Wert darauf, die Ansichten der Versammlung über diese Punkte zu hören.

In der Diskussion hierüber spricht zunächst Stadtr. Pfeiffer: Wir sind uns darüber klar, daß in allen jenen Kreisen große Not herrscht, wenn sie sich auch äußerlich nicht so bemerkbar macht, aber sie ist vielleicht gerade da am größten, wo sie in der Stille getragen wird. Wir müssen helfen eingreifen. Die Unterstützung durch den Bezirksverband halte ich nicht für genügend; denn eine wirkliche Hilfeleistung ist damit nicht gegeben, auch nicht durch die Gewährung eines fünfprozentigen Zuschusses durch die Stadt. Außerdem darf das Darlehen nicht den Charakter einer Unterstützung tragen, sondern der Entleiher muß der Ansicht sein, daß er ein Recht darauf hat. Wie ist es mit dem Hinterbliebenenfonds? Es muß darauf hingewirkt werden, daß dieser weiter gestärkt wird. Stadtr. Ohl weist besonders auf die Arbeitslosenunterstützung durch Ausföhrung von Notstandsarbeiten hin. Alle notwendigen Arbeiten, die jetzt ausgeführt werden könnten, müßten erledigt und anständig entlohnt werden. Sei ein Arbeitsnachweis vorhanden? Stadtr. Gensch ist der Ansicht, daß mit den 3000 Mark den Handwerkern nicht geholfen sei. Stadtr. Dr. Diejan begrüßt die Vorlage und bittet nicht auf Einzelheiten einzugehen, sondern lediglich zu beschließen, daß überhaupt etwas getan werde. Stadtr. Thomas meint, daß mit den 3000 Mark wohl nicht viel, aber doch etwas getan sei. Auf die Zuschüsse von Reich und Staat lege er wenig Vertrauen, das sei vorläufig noch Zukunftsmusik. Die Stadt werde doch die wesentlichen Kosten aufbringen müssen. Auch die Gewährung des Prozents. Zuschusses sei doch ein Entgegenkommen. Genauere Einzelheiten festzulegen, hätte er jetzt ebenfalls nicht für nötig. Stadtr. Dr. Schmidtborn stimmt der Vorlage rückhaltlos zu. Die Sache könne ja später noch ausgebaut werden. Auch bezüglich der Angestellten, die sich teilweise noch in schwächerer Lage befinden wie die Handwerker, müsse etwas geschehen. Der Prozenttag des Zuschusses könne vielleicht noch erhöht werden. Stadtr. Gensch ergänzt seine vorherigen Ausführungen dahin, daß er die tatsächlich gewährte Hilfeleistung gering einschätze, jedoch die gute Absicht, helfen zu wollen, durchaus würdige. Der Bürgermeister stellt dankbar fest, daß die Versammlung die Magistratsvorlage anerkenne. Für den Hinterbliebenenfonds werde weiter gewirkt werden. Bezüglich der Anfrage des Stadtr. Ohl teile er mit, daß hier bereits ein Arbeitsnachweis bestehe, und zwar als Nebenstelle des Nachweises Limburg. Die Praxis habe jedoch leider ergeben, daß die nachsuchenden Leute von vornherein ablehnen, von Diez wegzugehen. Allerdings seien die meisten nachgeschienen Stellen in anderen Orten des Regierungsbezirks Wiesbaden. Vielleicht sei es angebracht, jede Woche die freien Stellen öffentlich bekanntzugeben. Wenn Stadtr. Gensch sage, daß die Unterstützung des Bezirksverbandes nicht genügend sei, so gebe er ihm recht. Sie habe Entschärfung. Es müsse jedoch etwas getan werden und zwar so schnell wie möglich. Daß die Stadt nicht durchgreifend helfen könne, sei wohl klar, aber sie habe den ehrlichen Willen, zu unterstützen, wo und wie es möglich sei. An Arbeitsmöglichkeit in der Stadt fehle es nicht, z. B. sei im Straßenbau, auf dem Friedhofe usw. noch vieles zu tun. Er bitte um Genehmigung der Vorlage, die er als ein Glied derjenigen Maßnahmen betrachte wissen möchte, die die Stadt im Interesse der durch den Krieg in ihrem Erwerb betroffenen Einwohnerchaft treffe. Nach kurzen Ausführungen des Stadtr. Schmidtborn und Stadtr. Grün wird zur Abstimmung geschritten.

Die durch die Darlegungen des Bürgermeisters begründete Vorlage wird darauf angenommen mit zwei Zusatzanträgen des Stadtr. Thomas, den Magistrat zu ermächtigen, nach Ermessen noch höhere Zuschüsse als 5 Prozent zu bewilligen sowie Steuerfreiheit auf in gewissen Fällen für Einkommen über 2000 Mark (bis 2500 Mark) zu gewähren.

2. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage betr. Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an die Lehrpersonen der höheren Schulen, Beamten, Angestellte und Arbeiter der Stadt. Die anwesenden an der Vorlage persönlich interessierten Mitglieder des Magistrats, der Stadtr. Versammlung sowie der Protokollführer treten ab. Bürgermeister Schenker erklärt zuvor noch, daß er auch seinerzeit bei der selben Veranlassung den Saal verlassen haben würde, wenn es zu einer Diskussion gekommen wäre. Eine Anordnung, daß der Bürgermeister bei Behandlung solcher Angelegenheiten nicht anwesend sein dürfe, bestehe laut Entschluß des nassauischen Stadtrates nicht; vielmehr dürfe dieser Zweck Begründung der Vorlage bleiben. Er sei jedoch weit entfernt davon, jemanden in der Ausprache seiner freien Meinung zu hindern und wolle daher der Verhandlung nicht bei. Stadtr. Pfeiffer meint, dem eben Angeführten widerspreche der Paragraph 47 der Städteordnung; außerdem erkenne er den Stadtrat nicht als maßgebend in dieser Frage an. Stadtr. Dr. Schmidtborn ergreift dann namens des Finanzausschusses das Wort, erörtert die näheren Einzelheiten der Vorlage und erklärt, daß die anfangs 1702 Mark betragenden städtischen Teuerungszulagen 1917 plötzlich hin- und hergeschwenkt seien auf 14.870 Mark. 1918 wurden an laufenden Teuerungszulagen gezahlt 18.782, an einmaligen 10.100 Mark, insgesamt 28.882 Mark. Wenn man dann die entsprechenden Ziffern der Kriegsjahre 1914, 1917 und 1918 zusammenziehe, so ergebe sich, daß die Stadt in diesem Zeitraum 55.578 Mark an Kriegsteuerungsulagen gezahlt habe. Dieser Betrag verringere sich jedoch noch durch Einzahlungen und dadurch, daß aus dem Etat der Realschule Beträge herausgenommen wurden. Es bleibe jedoch noch

eine sehr wesentliche Summe, die für eine Stadt von der Größe Diez eine ganz enorme Aufwendung bedeute. Bezüglich der Teuerungszulagen wurde betont, daß lediglich empfohlen wurde, die Zulagen auch an nichtstaatlichen Schulen zu zahlen. Die Verpflichtung hierzu besteht jedoch nicht. Woran sich die Vorliegenden Vorlage der Finanzausschuss besonders gehalten habe, das sei die Deckungsfrage. Es gehe nicht an, alle die große Kriegsberechnung zu schreiben, zumal bei den Verhältnissen, wie sie nun eingetreten seien; denn das bedeute Mißwirtschaft. Immerhin aber würde es eine Ungerechtigkeit sein, wenn den Bekehrten der staatlichen Schulen die Zulagen gewährt würden und den anderen nicht. Deshalb schlage der Finanzausschuss vor, die Vorlage zu nehmen, wenn auch in anderer Form. Es müsse den sozialen Verhältnissen mehr Rechnung getragen werden. B. müßten den Bekehrten höhere Beträge gegeben werden als den Bedingen. So solle für die Bekehrten allgemein eine Zulage bis zu 650 Mark, für die Unbekehrten bis zu 400 Mark bewilligt werden. Die Mittel zur Deckung sollten auf die öffentlichen Etats der oeriden nächsten Jahre veranschlagt werden. Der Finanzausschuss habe seine Stellungnahme nach bestem Wissen und Gewissen nach rein sachlichen Erwägungen getroffen. Im übrigen seien Stimmen laut geworden, daß der Beamtenapparat für Diez nicht sehr groß sei, ob an manchen Stellen nicht mit weniger auskommen werden könne. Jedenfalls stehe der Ausschuss der Schaffung neuer Stellen nicht sympathisch gegenüber. Nachdem sei auch zur Sprache gekommen, daß es mit der Wirtschaft auf den städtischen Betriebs nicht allgemein genau genommen werde. Die so abgeänderte Vorlage bringe gegenüber dem Regierungsentwurf eine Ersparnis von über 1000 Mark. Auf eine Anfrage erwidert Dr. Schmidtborn, daß mit einer weiteren Entwicklung der Einkommensteuer wie bisher nicht zu rechnen sei. — In der Ausprache fragt Stadtr. Schmidt, ob die Versammlung, wenn ein weiterer Zulageantrag komme, zustimmen werde. Er glaube, die Beamten könnten jetzt zufrieden sein, daß auch die Ansicht weiterer Kreise in der Stadt. Stadtr. Pfeiffer kommt auf die infolge einer Erhöhung der Steuerquote akut werdende Frage der Steuerflucht zu sprechen und warnt vor den Folgen. Man dürfe die Frage nicht zu leicht nehmen. Stadtr. Dr. Bettsch hält es für unumgänglich, daß für diese Ausgaben Deckung geschaffen werde. Solange die gegenwärtige Teuerung anhalte, werde man um die Einbringung einer neuen Lage nicht herumkommen. Ob man da allerdings in der selben Weise werde Deckung schaffen können, zweifelte. Wenn bei dieser Vorlage jedoch nur 1000 Mark gespart werden, dann sei es nicht sicher, ob die Stadt nicht ein schlechtes Geschäft mache. Stadtr. Ohl weist auf das Beispiel Mainz hin, wo alle Beamten ein und dieselbe Zulage bekommen hätten unter Berücksichtigung der Kinderzahl. Bei der Vorlage können auch die Gasarbeiter gar zu schlecht dastehen. Stadtr. Pfeiffer bezeichnet das System als ungerecht, unangenehm, er stimme jedoch zu, um die Sache zum Schluß zu bringen. Vorsteher Bühl erwidert demgegenüber, daß die Sache sehr schwierig sei. Man könne da sagen: wie man macht, ist's falsch. Jedenfalls müßten die Interessen der Stadt vertreten werden. Wenn jedoch noch eine weitere Vorlage komme, dann wisse er nicht, was die Stadt die Mittel aufbringen sollte. Im übrigen stehe er auf dem Standpunkte der Kommission. Der Bericht des Finanzausschusses (Bekehrte bis zu 650 Mark, Unbekehrte bis zu 400 Mark Zulage, Deckung 2 Jahre) wird gegen 2 Stimmen angenommen mit dem Zusatzantrag Gensch, für die Arbeiter am Gaswerk statt 300 Tage 365 anzurechnen. Magistratschöffe Wies sagt zum Schluß bezüglich der Beamtenfrage noch zu, daß die Sache zur Sprache bringen werde, damit abgeklärt werde, was möglich sei. Auch die Bekehrten für eine gesunde Büchlichkeit würden erörtert werden.

3. Antrag der Schuldeputation und des Magistrats auf Errichtung einer neuen Schulstelle an der Volksschule. Es wird — besonders nach Befürwortung durch Stadtr. Dr. Diejan, Dr. Schmidtborn und Vorsteher Bühl — dem Vorschlag zugestimmt, eine neue Lehrerstelle für die Volksschule zu errichten, die überfüllt ist, anzustellen. — Es kommt noch einige kleine Mitteilungen zur Beratung. Dann wird eine Aussprache über Vorgänge bei den letzten Wahlen.

Aus Provinz und Nachbargebieten

1. Norwegisches Konsulatwesen. Für den letzten Teil der Provinz Nassau hat nach Uebereinkommen mit den betr. Amtsstellen das Königl. Norwegische Konsulat in Mainz vorläufig die Konsulatsgeschäfte übernommen. In allen solchen Fällen solle man sich deshalb an die bezeichnete Amtsstelle in Mainz wenden. Alle in dem letzten Teil der Provinz Nassau lebende norwegische Staatsangehörige werden ersucht, sich raschestens schriftlich an mündlich unser Aufgabe ihrer Adresse an das Königl. norwegische Vize-Konsulat in Mainz zu wenden, von wo dann weitere Mitteilungen zu gehen werden.

2. Braubach, 8. Febr. Kälte. Heute vormittags zeigte das Thermometer 14 Grad Kälte an. — Graßhammer. Der Chefrau Heinrich Gebhardt von Chahmeln wurden 23 Pfund Butter abgenommen, die sie dem Rande zusammengekauft hatte.

3. Frankfurt a. M., 7. Febr. Der Rückgang der Wirtschaften spiegelt sich am besten im sinkenden Postverkehr wider. In allen hiesigen Postämtern ist die Zahl der eingelieferten Pakete, Wertsendungen, usw. langsam zurück. In absteigender Kurve bewegt sich die Zahl der einlaufenden Postsendungen. Dazu kommt, daß die Schwierigkeiten des Postverkehrs infolge vollständig wachsenden Beförderungsmöglichkeiten auf der Bahn immer mehr häufen. Vom Frankfurter Hauptbahnhof fahren gegenwärtig nur noch täglich 64 Personenzüge aus gegen rund 800 in Friedenszeiten, also eine Verringerung um 92 Prozent. Die goldenen Ueberbrückungen auf dem Post sind dahin.

1. **Höchst a. M.**, 28. Jan. Durch Verfügung des Kommandeurs der Stabskammer vom 16. Januar 1919 ist gegen den Bauunternehmer Peter Simon in Sindlingen eine Strafe von 6 Monaten Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe wegen Verhinderung von Jagd- und Kriegswaffen ausgeprochen worden. Ein Gastwirt von hier erhielt wegen Verhinderung der ortspolizeilichen Vorschriften 20 M. Geldstrafe. Der Mann hatte, dem Verbot entgegen, an Mannschaften der Besatzungstruppen alkoholhaltige Getränke verkauft.

2. **Schlengenbad**, 7. Febr. Eine in ihrer politischen Gestaltung wohl einzig dastehende Gemeinde ist unser viel besuchter kleiner Badeort, der in diesem Jahre auf ein 100jähriges Bestehen als selbständige Gemeinde zurückzuführen ist. In dem hier endenden prächtigen Wiesental, in dem früher der warme Bach floss und dessen 9 städtische Thermen (mit 28 bis 31 Grad Wärme) heute alljährlich Tausende heilung suchende Kurgäste anlocken, standen noch in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts nur 5 Gebäude, nämlich 3 Mühlen, der „Hessenhau“ und das „Kurmainzer Haus“. Kurheissen, Kurmainz und Nassau teilten sich hier auf engem Rahmen in den Besitz, bis 1816 alle Besitzungen nassauisch wurden. Drei Jahre später, im Jahre 1819, erhielt die damals 21 Seelen zählende Gemeinde ihren ersten eigenen Schultheissen; vorher gehörte Schlengenbad zur Gemeinde Bärstadt. Bei jener Neuorganisation der jungen Dorfgemeinde erhielt diese indes so enge Grenzen, daß heute die Häuser Schlengenbads tatsächlich auf nicht weniger als 6 Gemarkungen stehen. Die evangelische Kirche steht auf Bärstadter und das neue Postgebäude auf Reudorfer Boden. Andere Gebäude gehören in Bärstadter, Georgenborner oder Naunthaler Gebiet.

3. **Detrich**, 7. Febr. Die hiesige Chemische Fabrik, die seit einigen Tagen still lag, hat ihren gesamten technischen Betrieb wieder aufgenommen. Die achtstündige Arbeitszeit wurde in die zehnstündige umgewandelt. Vorher wurde ortspolizeilich bekannt gemacht, daß sich alle Arbeitslosen auf dem Bürgermeisterrat melden müssen.

4. **Aus Bad Ems und Umgegend**. Das Eis der Bahn ist immer noch nicht so fest, daß der Eisport getrieben werden kann. Es wird daher auf die große Gefahr des Einbrechens hiermit hingewiesen. 5. **Beckeln**, 10. Febr. Harter Wind in Schweißhausen wurde gegen Bescheidenden des Schutvorstandes in Beckeln gemeldet.

6. **Aus Nassau und Umgegend**. Personalien. Hr. Bohl wirkte nicht, wie in Nr. 34 der Zeitung berichtet wurde, in Bielefeld, sondern in Bielefeld. Gartenbauliches. Die große das Interesse am Kleingartenbau für Zeit ist, bewies die Verpachtung von Parzellen für diesen Zweck, für 10 Ratten wurden 50—80 Mark bezahlt. Daß die Stadtverwaltung das Gelände zur Verfügung stellt, ist dankbar zu begrüßen. Auch die gräfliche Verwaltung will noch Grundstücke für Kleingärten parzellieren, es ist also Aussicht vorhanden, daß jeder Diebhaber auf seine Rechnung kommt.

7. **Weinähr**, 10. Febr. Lehrer Holzbach von hier wurde nach Koblitz bei Montabaur versetzt.

Fortsetzung des redaktionellen Teils im amtlichen Kreisblatt.

Lebensmittelverteilung.

Verkaufstag: Freitag, den 14. Februar.
Besucher: Inhaber der Kundenlisten.
125 Gramm Nahrungsmittel auf Nr. 31 der Lebensmittelkarte.
750 Gramm Zucker auf den fälligen Abschnitt 4 der Zuckerkarte für Monat Februar.
Bad Ems, den 10. Februar 1919.

Verbrauchsmittelamt.

Freibank auf dem Schlachthof zu Ems.

Heute Dienstag, den 11. Feb., Verkauf von Rindfleisch und zwar von 3—4 Uhr nachm. auf die Freibank an Nr. 101—200.

Die Schlachthofverwaltung.

Verbotene Müllablagerung.

Trotz der regelmäßigen Müllabfuhr wird fortgesetzt Müll auf Promenadenwegen, dem Leinpfad, Böschungen usw. abgelagert bzw. in Fäch- und Gräben geschüttet. Auch wird Müll in größeren Mengen auf Grundstücken angelagert.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß dies verboten ist und Zuwiderhandlungen bestraft werden müssen.

Die Bürgerschaft wird dringend ersucht, für regelmäßige und rechtzeitige Bereitstellung der Müllabfuhr Sorge zu tragen, da nur in diesem Falle eine ordnungsmäßige Abfuhr möglich ist.

Bad Ems, den 27. Januar 1919

Die Polizeiverwaltung.

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Mit Genehmigung der Ortsmilitärbehörde.

Freiwillige Versteigerung.

Am Mittwoch, den 12. Februar 1919, nachm. 2½ Uhr, werden in der Gastwirtschaft J. C. Hübner in Bad Ems, Marktstraße, aus dem Nachlaß des Ferdinand Jost aus Bad Ems nachstehende in der Gemarkung Ems gelegene 4 Grundstücke öffentlich versteigert:
Kartenblatt 46, Parz. 159, 1.06 Ar.
Kartenblatt 53, Parz. 10, 3m Hünert, 10,75 Ar.
Kartenblatt 66, Parz. 65, 3m Hünert, 9,00 Ar.
Kartenblatt 72, Parz. 125, 1.06 Ar.

Todesanzeige.

Heute Nacht 12¼ Uhr verschied sanft nach kurzem, schwerem Leiden im fast vollendeten 76. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Herr Friedrich Engel

Kaufmann.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Fr. Engel Ww. geb. Lotz,
Wilhelm Engel,
Frau Emma Harbach Ww. geb. Engel,
Albert Herrmann u. Frau geb. Engel,
Frieda Engel
ung 3 Enkel.

Bad Ems, den 10. Februar 1919.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr vom Sterbehause, Coblenzerstr. 12, aus statt.

[785]

Brennholz-Abgabe.

Bedürftigen Personen aus der Grabenstraße und dem Pfahlgraben, die bei der früheren Abgabe kein Holz erhalten haben, wollen sich am

Mittwoch, den 12. Februar 1919,

vormittags 9 Uhr (neue Zeit)

mit kleinen Sägen und Äxten bei der Bartschen Gärtnerei persönlich einstellen.

Eine nochmalige Abgabe findet nicht mehr statt.

Bad Ems, den 1. Februar 1919

Der Magistrat.

Dr. Schubert.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Bekanntmachung.

Die Viehbestandsverzeichnisse der Stadt Diez liegen in der Zeit vom 10. Februar bis 24. Februar 1919 im Rathaus, Zimmer 5, hier offen.
Einsprüche gegen die Richtigkeit der Verzeichnisse sind während der Offenlagefrist anzubringen.

Diez, den 5. Februar 1919

Der Magistrat.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Zahlung der 4. Steuererrate.

Die Steuerpflichtigen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlung der Steuern und Abgaben für das 4. Quartalsjahr, (Januar, Februar, März 1919) in der Zeit vom 1. bis 15. Februar zu erfolgen hat.

Diez, den 1. Februar 1919.

Die Stadtkasse.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Befehung einer Lehrerstelle.

An der neunklassigen Volksschule zu Braubach a. Rhein ist zum 1. Juli 1919 eine Lehrerstelle mit einem katholischen Lehrer neu zu besetzen.

Die Befehung regelt sich nach dem Gesetz vom 26. Mai 1909. Die Mindestentschädigung beträgt 500 Mark, bezw. nach § 16 des Gesetzes 333 Mark pro Jahr.

Es werden Dienstzulagen gewährt, welche betragen: vom 10.—20.—Dienstjahre (einschl.) 100 Mark, vom 21. Dienstjahre ab 200 Mark pro Jahr.

Dabei kommen sämtliche im preussischen öffentlichen Schuldienste zurückgelegten Dienstjahre zur Anrechnung. Befähigung zum Orgelspielen ist erwünscht.

Bewerbungen sind bis spätestens 8. März d. Js. bei uns einzureichen. Persönliche Vorstellung ist nur nach vorangegangener Aufforderung erwünscht.

Braubach, den 8. Februar 1919.

Der Magistrat.

Cigarren

(für Wiederverkäufer)

billig abzugeben.

Chr. Hassenkamp Ww., Diez, Coblenzerstr. 2

Gauchdünn



trägt man Dr. Genuer's Gelwachslederputz

Nigrin

auf das Leder auf, behandelt es nach einiger Zeit oder besser am andern Morgen rasch mit weichem, wollenen Lappen und erzielt so mühelos lackartig glänzendes und zugleich wasserdichtes Schuhzeug.

Hersteller, auch des beliebten Parfettbodenwachs Robert: Carl Genuer, Göttingen.

Sauertraut

frisch eingetroffen bei [778]

Albert Kauth, Ems.

Stodsch und

Marmelade,

schöne Zwiebeln kontinuierlich

abzugeben. [780]

Fr. Kopp, Ems,

Pfahlgraben 13.

Metalbetten an Private.

Katalog frei.

Holzrahmenmatt., Kinderbetten.

Geliebte Bettstelle Ems i. Ems.

Ein Paar neue vernickelte

Schlittschuhe,

St. feldhöhe 38, zu verkaufen.

787, Römerstr. 58, Ems.

Zu kaufen gesucht ein

Paar rautenförmige Junge [782]

Dachshunde

schwarzbraun oder braun ge-

zeichnet. Offerte unter 108

an die Geschäftsstelle in Diez.

Fuchs mit Kette

eingefangen. Bad, Ems.

780, K. enbergstr. 13.

Gemüse-Conserven

Spinat, Carotten, Kohlrabi, Brechbohnen, Weisskohl in 2 Pfd. Dosen empfiehlt [777]

Albert Kauth, Ems.

Mein lieber Freund



Sol. Stahlwaren, Taschenlampen, Batterien, Schreibwaren, Raucherartikel, Andenken, Ansichtskarten, Cigarren, Cigaretten, Mundharmonikas, Feuerzeuge, Sprachbücher, Rhein-albums usw. findest Du in großer Auswahl bei

Mathias Grün, Bad Ems

Bahnhofstraße 8.

Günstig für Wiederverkäufer.

Handarbeitsunterricht

aller Art, bes. Weißsticken wird erteilt 2 mal wöchentl. Kindern und jungen Mädchen. Näheres [784]

Lahnstraße 37 II, Ems.

Hohenstaufen-Kino

Römerstraße 62 Bad Ems Central-Hotel

Auf vielseitigen Wunsch findet heute

Dienstag, den 11. Februar 1919, abends 6 Uhr

eine Wiederholung des Programms statt. [786]

Das Lied der Colombine.

Wichtig für Selbstversorger u. Kommunalverbände.

Wir verarbeiten in unserer modern eingerichteten neuen Hasermühle gegen Mahlschein Hafer auf

1a. Flocken u. Grütze.

Andernacher Mühlenwerke G. m. b. H.

Andernach. [648]

V. Ehrenberg, Dentist.

Diez a. L. Rosenstr. 34.

Gewissenhafte und möglichst schmerzlose Behandlung.

Verarbeitung nur besten Materials.

Behandlung sämtlicher Kassenmitglieder.

Welcher Besitzer

verkauft seine Villa, Wohnschlafhaus, Hotel, Pension, Gasthaus, auch mit Land, groß. Die Gegend für Heimstätten, Industrie, Vertriebe u. s. w. an belieb. Plätzen. Angebote erwünscht an den Verleger des Verkaufs-Markts Frankfurt a. M., Habeburgerallee 28.

Ordnungliches

Mädchen

für tagelöhner gesucht. [782]

Chr. Hassenkamp Ww., Diez